

| | | | |
|---------------------------|---|--------------------------|----------|
| Protokoll: | Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart | Niederschrift Nr. | 163 |
| | | TOP: | 11 |
| | Verhandlung | Drucksache: | 317/2018 |
| | | GZ: | 0322-00 |
| Sitzungstermin: | 02.05.2018 | | |
| Sitzungsart: | öffentlich | | |
| Vorsitz: | BM Dr. Mayer | | |
| Berichterstattung: | - | | |
| Protokollführung: | Herr Häbe / fr | | |
| Betreff: | Anregung zur Durchführung einer Bürgerbeteiligung zum Zollamt-Areal (NeckarPark) | | |

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 24.04.2018, öffentlich, Nr. 178

Ergebnis: Einbringung (bei 4 Gegenstimmen)

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Allgemeine Verwaltung, Kultur und Recht vom 16.04.2018, GRDRs 317/2018, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Dem Antrag auf Durchführung einer informellen Bürgerbeteiligung zum Quartier Q11-Süd im Gebiet NeckarPark (Zollamt-Areal) einschließlich der Entscheidung über den Abriss oder Erhalt des südlichen Flügels wird nicht zugestimmt.
2. Grundlage für die Entwicklung des Quartiers Q11-Süd sind der in Kraft getretene Bebauungsplan Reichenbachstraße (Ca 283/1) sowie der Bebauungsplanentwurf Am Zollamt (Ca 283/5) (vorgestellt im Unterausschuss NeckarPark am 23. Januar 2018), die den Abriss des südlichen Flügels vorsehen (s. Anlage 3 und 4).
3. Der Durchführung eines Workshops mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Vertreterinnen und Vertretern des Gemeinderats bzw. seiner Gremien zur Entwicklung des Quartiers Q 11-Süd auf Grundlage des Beschlussantrags 2 wird zugestimmt.

StR Rockenbauch (SÖS-LINKE-PluS) kann die Ablehnung einer informellen Bürgerbeteiligung nicht nachvollziehen. Seiner Einschätzung nach wird die Initiative Aufbruch durch die Verwaltung bevorzugt behandelt.

Von StR Dr. Reiners (CDU) wird erklärt, mit dem Beschlussantrag werde die "Leitlinie für informelle Bürgerbeteiligung in der Landeshauptstadt Stuttgart" nicht ausgehöhlt. StR Winter (90/GRÜNE) hebt auf den gültigen Bebauungsplan, einen Gemeinderatsbeschluss, dass die Arbeit der Kulturinsel als wertvoll und erhaltenswert angesehen wird, sowie auf zahlreiche Treffen vieler Fraktionen mit der Kulturinsel ab. Insgesamt zum NeckarPark fährt er fort, mit dem Stadtarchiv, mit dem verbindenden Platz und mit der Kulturinsel sei es gelungen, ein identitätsstiftendes Element zu schaffen, bei dem Kultur einen großen Baustein bei der Entwicklung dieses neuen Wohnquartiers darstellt. Die Kulturinsel benötige eine schnelle Entscheidung zum Start der weiteren Entwicklung. Um einen Workshop schnell durchführen zu können, müsse dem Beschlussantrag zugestimmt werden.

StR Körner (SPD) unterstreicht, der Bad Cannstatter Bezirksbeirat habe dem Beschlussantrag, für den es gute Argumente gebe, zugestimmt. Projektverantwortlich sei nicht die Kulturinsel. Vielmehr seien an diesem großen Projekt viele Akteure (z.B. Bürgerinitiative Veielbrunnen) beteiligt. Da es sinnvoll sei, all diese Akteure in einem Workshop zusammenzubringen, könne die SPD-Gemeinderatsfraktion mit voller Überzeugung dem Beschlussantrag zustimmen.

Ebenfalls zustimmend äußert sich StRin von Stein (FW). Beide Seiten müssten sich aufeinander zubewegen. Angesichts der Wohnungsnot in Stuttgart, wäre eine Verzögerung der Entwicklung nicht sinnvoll.

Er, so StR Dr. Oechsner (FDP), wolle sich der Stimme enthalten. Die Argumente der Anlage 1 der Vorlage seien zwar alle zutreffend, aber für eine andere Vorgehensweise gebe es ebenfalls nachvollziehbare Gründe. Eine Überarbeitung der Bauleitplanung ließe sich in akzeptabler Zeit bewerkstelligen, und eine andere Vorgehensweise könne ebenfalls im Einklang mit der Leitlinie stehen.

Für die Verwaltung betont der Vorsitzende, mit dem Beschlussantrag werde die Leitlinie angewendet und nicht ausgehöhlt. Die Frage im Zusammenhang mit einer informellen Bürgerbeteiligung laute, ob ein Handlungs- und Gestaltungsspielraum bestehe. Hierzu sei die Verwaltung zu der in der Vorlage wiedergegebenen Einschätzung gelangt, selbstverständlich unter Berücksichtigung der gemeinderätlichen Beschlusslage. Einigkeit sieht er darin, dass es bei der informellen Bürgerbeteiligung wichtig ist, den zur Verfügung stehenden Spielraum klarzumachen, um im Nachhinein Frustrationen zu vermeiden. Die Verwaltung habe als Kompromiss mit dem Workshop eine etwas niederschwelligere Beteiligungsform vorgeschlagen. Dies wertet er als entgegenkommendes, bürgerfreundliches Vorgehen. Zudem unterstreicht BM Dr. Mayer an StR Rockenbauch gewandt, die Beschlusslage des Gemeinderates bei der Frage, welche Gestaltungs- und Handlungsspielräume in Bezug auf die Durchführung einer Bürgerbeteiligung bestehen, könnten nicht einfach ausgeblendet werden. Mit dem in der Beschlussantragsziffer 3 enthaltenen Workshop sollen Anregungen und Ideen eingeholt werden.

Abschließend stellt BM Dr. Mayer fest:

Der Verwaltungsausschuss beschließt mit 14 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich wie beantragt.

Zur Beurkundung

Häbe / fr

Verteiler:

- I. Referat AKR
zur Weiterbehandlung
Haupt- und Personalamt
weg. UTA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
 4. Referat StU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (3)
Baurechtsamt (2)
 5. Referat T
Stadtmessungsamt
Hochbauamt (2)
Tiefbauamt (2)
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (2)
 6. BezA Bad Cannstatt
 7. Rechnungsprüfungsamt
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. Die STAdTISTEN
 9. AfD
 10. LKR